

■ DAMIT DIE JUGEND DIE KRISE NICHT ABKRIEGT

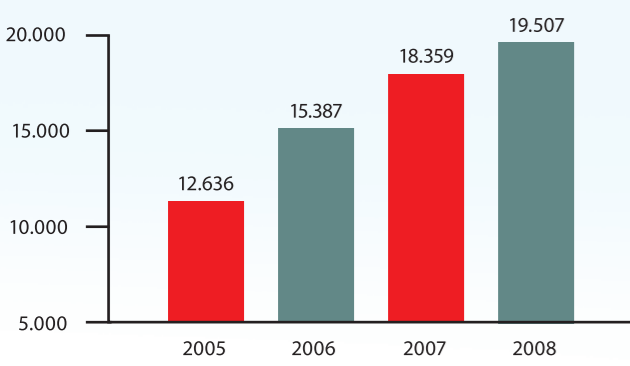
Logisch, dass die Wirtschaftskrise auch vor dem Ausbildungs- markt nicht Halt macht. Auch wenn viele Unternehmen weiter ausbilden und keine Lehrstellen streichen, sparen andere Be- triebe beim Nachwuchs. Wo den Firmen die Aufträge wegbre- chen, hat sich für viele auch das Thema Ausbildung erledigt.

Das bedeutet doppeltes Risiko: Mehr Jugendliche könnten auf der Suche nach einer Lehrstelle scheitern. Und die, die einen Ausbildungsplatz haben, könnten ihn wieder verlieren, wenn ihr Betrieb pleite macht.

Ein Risiko, das die SPD-Bundestagsfraktion nicht hinnimmt. Denn die Jugendlichen dürfen nicht die Verlierer der Wirtschaftskrise werden. Darum darf die Wirtschaftskrise nicht zur Ausbildungs- krise werden. Politik und Wirtschaft sind jetzt gefragt: Sie müs- sen es schaffen, dass das Angebot an Ausbildung krisenfest wird. Die SPD-Bundestagsfraktion hat vorgeschlagen, einen „Schutz- schirm für Ausbildung“ aufzuspannen. So haben wir in diesem Jahr im Bundestag den Ausbildungsbonus schon so verändert, dass er mehr Auszubildenden nützt, die ihren Ausbildungsplatz durch die Pleite ihres Arbeitgebers verloren haben. Wenn diese Auszubildenden ihre Lehre fortsetzen können, weil ein anderer Betrieb sie einstellt, ist uns das den Ausbildungsbonus wert – egal, ob der Ausbildungsplatz nun zusätzlich eingerichtet wird oder der Auszubildende nur schwer vermittelbar ist.

UNBESETZTE AUSBILDUNGSPLÄTZE

(Stichtag: 30.09.08)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA).



Wir haben erkannt, dass Fördern hilft, wo uns die Krise fordert. Unser Land braucht die Auszubildenden von heute morgen als Arbeitskräfte. Weil wir uns also keine Lücke leisten können und wollen, haben wir dafür gesorgt, dass die Bundesagentur für Arbeit (BA) die Förderung für außerbetriebliche Ausbildungsplätze deut- lich aufstocken kann. Außerdem will die SPD-Bundestagsfraktion das Ausbildungsprogramm Ost auf die alten Bundesländer auswei- ten: Leider macht die Fraktion von CDU/CSU da nicht mit.

■ RECHT AUF AUSBILDUNG FÜR ALLE

Auch und gerade in der Krise tragen Unternehmen eine beson- dere Verantwortung für ihre Mitarbeiter. Das fängt bei den Azu- bis an. Die haben ein Recht auf ihre Lehre für eine gute Zukunft. Wir finden, der Staat muss handeln, wenn Ausbildungsplätze wackeln. Denn ohne Berufsabschluss wird es immer schwerer, in Arbeitswelt und Gesellschaft mitzumischen. Wenn heute fast jeder sechste Jugendliche ohne Berufsabschluss bleibt, müssen wir handeln. Sonst würden wir rund 1,45 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren die Tür vor der Nase zuschlagen. Damit das nicht passiert, wollen wir eine Garantie auf Ausbil- dung ins Gesetz schreiben. Die gilt dann für alle, die älter als 20 Jahre sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben. In außerbetrieblicher Ausbildung qualifizieren sie sich für Berufe,

in denen Arbeitskräfte gebraucht werden. Und wer zwar ar- beitet, aber keine Ausbildung hat, soll das nachholen können – und das möglichst ohne auf Lohn zu verzichten und ohne die Firma zu wechseln. Den Rechtsanspruch auf Förderung zum Nachholen eines Schulabschlusses hat die SPD-Bundes- tagsfraktion schon durchgesetzt. Die Ausbildungsgarantie für alle ist unser nächstes Ziel.

■ FAZIT

Politik in Sachen Ausbildung muss sich vor allem um eins küm- mern: Dass die, die wollen, eine Ausbildung machen können. Deshalb müssen wir hingucken, wo die Probleme liegen und sie anpacken. Alle Jugendlichen, die Probleme haben, ihren Platz in der Arbeitswelt und der Gesellschaft zu finden, müssen wir unterstützen und ihre Ausbildungschancen nicht der Krise zum Fraß vorwerfen.

Auf die Fraktionen von CDU/CSU und FDP ist da im Bundestag kein Verlass. Sie ignorieren die Probleme und dulden Ausbildung nach Konjunkturlage. Die Zukunftschancen der Jugend stehen für uns ganz oben. Damit die Chancen auf Zukunft auch in Zu- kunft für alle gelten, dürfen sie nicht von der Lage der Wirtschaft abhängig sein.

Eine gute Berufsausbildung öffnet viele Türen. Sie verbessert die Chancen, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten. Wir wollen, dass alle Jugendlichen, die das möchten, einen Ausbildungsplatz bekommen. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion seit 2004 dafür gesorgt, dass es durch den Ausbildungspakt mit der Wirtschaft mehr Ausbildungsplätze gibt. Und für die Jugendlichen, die es schwerer haben eine Lehrstelle zu finden und die zum Teil schon lange suchen, haben wir den Ausbildungsbonus durchgesetzt. Nachdem wir erreicht haben, dass jeder das Recht hat, einen Schulabschluss nachzuholen, arbeiten wir jetzt daran die Garantie auf eine Berufsausbildung gesetzlich festzuschreiben.

Die SPD-Bundestagsfraktion steht erst recht in der Wirtschafts- krise zu ihrem Ziel, alle jungen Menschen in Ausbildung zu bringen. Die Erfolge am Ausbildungsmarkt in den letzten Jahren zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Und den gehen wir weiter!

■ WEITERE HINWEISE

Eine Übersicht zu allen Themen rund um Ausbildung sowie zu Ausbil- dungsberufen gibt es hier:

Informationen der Bundesagentur für Arbeit
www.arbeitsagentur.de

Datenbank aller Ausbildungsberufe
www.berufenet.arbeitsagentur.de

Betriebliche Ausbildungsangebote
jobboerse.arbeitsagentur.de

Informationen zum Thema Ausbildung, Berufswahl und Bewerbung
www.planet-beruf.de

Schulische Ausbildungsangebote
www.kursnet.arbeitsagentur.de

Kommunikations- und Informationssystem Berufliche Bildung (KIBB)
www.kibb.de

Alles rund um Ausbildung
www.bmas.de

Über den Ausbildungsbonus informiert das Bundesarbeitsministerium:
www.ausbildungsbonus.bmas.de

IMPRESSUM

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion,
Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

Bezug/Gesamtherstellung: SPD-Bundestagsfraktion,
Öffentlichkeitsarbeit, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
oder unter www.spdfraktion.de

Text: Stefan Hintermeier/Kathrin Zahn

Redaktion: Anja Linnekugel

Fotos: iStockphoto.com - lisegagne (Seite 4), - carebott (Seite 8/9)

Juli 2009

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

**ALLES FÜR'N AR...
...BEITSPLATZ:**
Ausbildungspakt und Ausbildungsbonus für eure Lehre



IM AUFTRAG DER FAMILIE!



AUSBILDUNG SCHAFFT PERSPEKTIVEN

Eins ist klar: Mit einer guten Berufsausbildung stehen die Chancen auf einen guten Job viel besser als ohne. Das Recht auf Bildung und Ausbildung haben alle, finden wir. Für jeden, der eine Ausbildung machen will, soll es deshalb auch einen Ausbildungsplatz geben. Das ist das Ziel der SPD-Bundestagsfraktion.

Mit einer guten Ausbildung in eine gute Zukunft – das gilt für junge Menschen und genauso für die Betriebe. Denn wer die Jugend ausbildet, macht seine Firma fit für morgen. In ein paar Jahren gibt es nur dann noch genug Fachkräfte, wenn man junge Leute heute dazu macht.

Die SPD-Bundestagsfraktion kämpft jedes Jahr wieder für mehr Ausbildungsplätze, und sie hat die Chancen für benachteiligte Jugendliche verbessert. Wir haben schon so einiges erreicht, und wir arbeiten weiter daran, dass wirklich alle einen Ausbildungsplatz bekommen!

■ DER PAKT FÜR JUNGE ZUKUNFT

Die Ausbildungsplätze in Deutschland wurden immer weniger. Deshalb hat die rot-grüne Bundesregierung sofort 1998 etwas dagegen getan. Zum Beispiel hat sie das Sonderprogramm JUMP gestartet, das vielen Jugendlichen zu einem Job verholfen hat, die ansonsten schlechte Chancen auf einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz gehabt hätten.

Doch es musste noch mehr passieren, um die Zahlen auf Dauer nach oben zu treiben: Also hat die SPD-Bundestagsfraktion im

Jahr 2004 mit dafür gesorgt, den Ausbildungspakt ins Leben zu rufen. Der sagt: Die Wirtschaft muss mehr ausbilden. Dafür hat die Bundesregierung mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft verabredet, allen jungen Menschen eine Ausbildung anzubieten, die eine machen wollen.

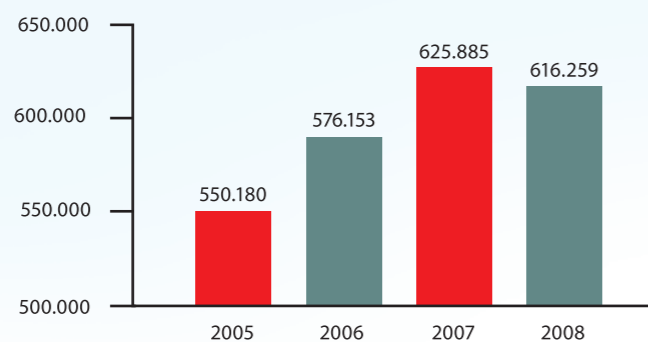
60.000 neue Ausbildungsplätze pro Jahr sagt die Wirtschaft im Ausbildungspakt zu. Dazu kommen die Praktikumsplätze, mit denen sich Jugendliche in den Betrieben auf eine Ausbildung vorbereiten können. Einstiegsqualifizierung heißt das, oder kurz: EQ. Im Gegenzug bezuschusst die Bundesregierung diese EQ-Plätze und macht weiter mit ihren Ausbildungsprogrammen, z. B. mit dem Ausbildungsprogramm Ost.

Weitermachen ist auch das Stichwort für den Ausbildungspakt: Wir haben ihn verbessert, und nachdem er zuerst nur drei Jahre laufen sollte, jetzt gilt er bis 2010 – Verlängerung nicht ausgeschlossen.

Statt leerer Versprechungen hat der Pakt schnell richtige Erfolge gebracht. Schon 2006 gab es 576.000 Ausbildungsverträge – und damit so viele Lehrstellen wie seit 2001 nicht mehr. 2007 waren es sogar 626.000 neu besetzte Ausbildungsplätze – der zweithöchste Wert seit 1990, dem Jahr der Wiedervereinigung. Und auch 2008 wurde die Marke von 600.000 Ausbildungsverträgen locker geknackt.

NEU ABGESCHLOSSENE AUSBILDUNGSVERTRÄGE

(Stichtag: 30.09.08)



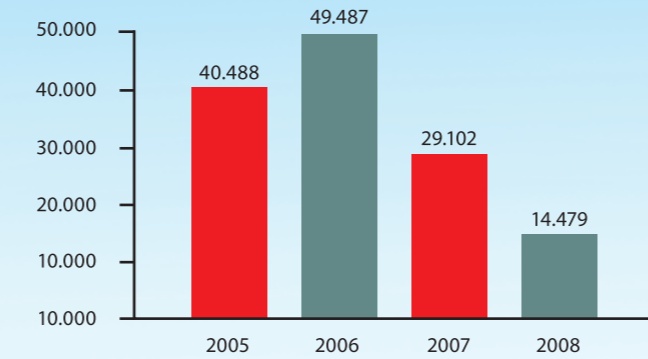
Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB).

Doch immer noch gibt es Jugendliche, die leer ausgehen. Aber auch sie sind weniger geworden. Am Ende des Ausbildungsjahres 2008 gab es bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) sogar mehr offene Lehrstellen als Bewerber.

Vieles klappt jetzt besser, aber leider nicht alles: Wenn immer noch Jugendliche bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz auf der Strecke bleiben, zeigt das, dass Angebot und Bedarf manchmal aneinander vorbeilaufen. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion den Ausbildungspakt besser gemacht.

UNVERMITTELTE JUGENDLICHE

(Stichtag: 30.09.08)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA).

Schon 2007 haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Vereinbarungen im Pakt verbindlicher sein müssen und dass bestimmte Jugendliche besonders zu fördern sind: nämlich die, die es wegen Schwierigkeiten beim Lernen oder mit der deutschen Sprache schon in der Schule schwerer haben. Wenn es 2010 um die Zukunft des Ausbildungspaktes geht, werden wir genau da wieder weitermachen.

■ ALLE BRAUCHEN IHRE CHANCE

Auch die guten Jahre des Ausbildungspaktes 2007 und 2008 haben Bewerberinnen und Bewerber ohne Lehrstelle zurückgelassen. Die landen dann in berufsvorbereitenden Maßnahmen oder anderen Warteschleifen.

Das frustriert, und deshalb geben manche ihre Suche irgendwann auf. Das heißt: Endstation Arbeitslosigkeit oder Hilfsjobs ohne Perspektive. Wer weiter einen Ausbildungsplatz sucht, sucht manchmal mehrere Jahre. Das sind die sogenannten Altbewerberinnen und Altbewerber – und ihre Zahl steigt, sie machen schon die Hälfte aus von allen, die einen Ausbildungsplatz suchen.

Die SPD-Bundestagsfraktion lässt diese jungen Leute nicht im Regen stehen. Deshalb haben wir den Ausbildungsbonus geschaffen. Der hilft denen, die schon lange vergeblich eine Lehrstelle suchen. Und er belohnt die Unternehmen, die Jugendliche als Azubis einstellen,

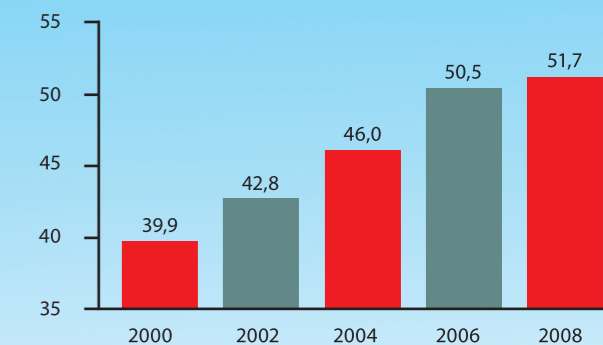
- die Probleme mit dem Lernen oder Deutsch nicht als Muttersprache erlernt haben oder deren Eltern nicht viel Geld haben.
- oder die Altbewerber sind und maximal die Hauptschule abgeschlossen haben.

4.000 bis 6.000 Euro bekommen die Firmen von der Bundesagentur für Arbeit (BA), wenn sie für diese Azubis zusätzliche Ausbildungsplätze einrichten. Das ist ein Muss. Die BA kann den Bonus aber auch an Firmen zahlen, wenn sie jungen Menschen mit mittlerem Schulabschluss eine Chance gibt oder jemandem, der schon mindestens zwei Jahre eine Lehrstelle sucht.

Die Idee, einen Ausbildungsbonus für Altbewerber einzuführen, kommt von Gewerkschaften und Wirtschaft. Sie ist deshalb so gut, weil sie vielen jungen Menschen hilft. So heißt es für mehr Jugendliche: Finden statt Suchen. Mit dem Bonus fördern wir Ausbildung statt Warteschleifen, beugen Arbeitslosigkeit vor und sorgen dafür, dass Lehrstellen und Bewerber zueinander finden.

Aber Bundesregierung und die Bundesagentur für Arbeit (BA) tun noch mehr: Damit es weiteren benachteiligten und unvermittelten Jugendlichen möglich wird, einen Beruf zu lernen, gibt es das Ausbildungsprogramm Ost. Bund und Länder fördern damit betriebsnahe Lehrstellen in den neuen Bundesländern. Betriebsnahe oder auch: außerbetrieblich heißt, dass die Azubis zwar nicht in einem Betrieb angestellt sind, aber so ausgebildet werden, als ob: Sie bekommen einen Ausbildungsvertrag, ein Azubigehalt und gehen zur Berufsschule. Die Praxis lernen sie in Werkstätten gemeinnütziger Träger (z. B. von der AWO) und in Praktika. Bei dem Programm der BA kamen 2007 knapp 50.000 und 2008 knapp 40.000 solcher Ausbildungsplätze heraus.

ANTEIL DER BEWERBER/INNEN AUS FRÜHEREN SCHUL-ENTLASSJAHREN UNTER DEN AUSBILDUNGSSUCHENDEN (IN PROZENT)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA).

■ MIT STARTHILFE IN DIE AUSBILDUNG

Hinter dem sperrigen Begriff der betrieblichen Einstiegsqualifizierung (EQ) verbirgt sich ein cleveres Instrument. Denn mit der EQ können junge Leute ihre Aussichten auf einen Ausbildungsplatz verbessern. Jugendliche, die schon mit Schwierigkeiten die Schule beenden, haben die Möglichkeit, mit so einem geförderten Einstiegspraktikum in einem Unternehmen ihr Können zu beweisen. Damit steigern sie ihre Chancen. Und das funktioniert: 70 Prozent der Praktikantinnen und Praktikanten bekommen im Anschluss ihren Ausbildungsplatz.

Die Vorbereitung auf ein Leben mit Job fängt am besten schon in der Schule an. Wir wollen, dass gerade Jugendliche, die es schwerer haben, nicht allein dastehen, wenn es von der Schule in Richtung Ausbildung gehen soll. Hier kommt die professionelle Berufseinstiegsbegleitung ins Spiel. Sie hilft Jugendlichen, denen die Schule Probleme bereitet, sich auf den Schulabschluss vorzubereiten, einen passenden Beruf auszusuchen und schließlich einen Ausbildungsplatz zu ergattern. An 1.000 Schulen testen wir seit Februar 2009, wie gut das Projekt funktioniert. Die SPD-Bundestagsfraktion will, dass der Weg aus der Schule in den Beruf so kurz und direkt wie möglich verläuft. Starten statt warten – dafür arbeiten wir.